

BUND-Regionalverband Donau-Iller
BUND-Kreisverband Ulm

Gemeinsame Pressekonferenz zum Jahreswechsel 2011/2012

**am Mittwoch, 28.12.2011
um 10.30 Uhr
im BUND-Umweltzentrum Ulm**

Teilnehmer von Seiten des BUND:

**Ulrich Müller,
Regionalvorsitzender**

**Dr. Dieter Fortmann,
stellv. Regionalvorsitzender / Vorsitzender Kreisverband Ulm**

**Reiner Frohnmüller,
Mitglied im Regionalvorstand und Kreisvorstand Ulm**

**Dr. Martin Denoix,
Mitglied im Kreisvorstand Ulm**

BUND bezieht Position

Am Ende eines umweltpolitisch bewegten Jahres nimmt der BUND im Rahmen seiner traditionellen Pressekonferenz zum Jahreswechsel Stellung zu einigen die Region und die Stadt Ulm betreffenden Themen. Schwerpunkte bilden die Bereiche Energie, Verkehr und Naturschutz. Die regionalen BUND-Verantwortlichen begrüßen den Einstieg in den Atomausstieg und hoffen auf eine rasche Energiewende, sehen aber das Thema „Atomenergie“ mit Blick auf das Atomkraftwerk Gundremmingen und die Suche nach einem Atommüll-Endlager weiter auf der Agenda. Beim Ausbau der Windkraft werde man ebenso wie bei der Biogas-Diskussion weiterhin den Energie- wie den Naturschutzaspekt im Blick haben. Deutliche Kritik wird am Umgang mit dem Biber geäußert, den der BUND als willkommenen Gewässerrenaturierer ansieht. Von der neuen Landesregierung erhofft sich der Umweltverband mehr Rückenwind für Umwelt- und Naturschutz.

BUND-Regionalvorsitzender Ulrich Müller: „So sehr wir den nun beschlossenen, längst überfälligen Einstieg in den Atomausstieg begrüßen: Mit den beiden Meilern in Gundremmingen und dem dortigen Zwischenlager bleibt uns das Thema noch viele Jahre erhalten!“ Kein Verständnis hat Müller, dass ausgerechnet die beiden letzten deutschen Siedewasserreaktoren, die nur je einen Kühlwasserkreislauf aufweisen, erst bis in zehn Jahren abgeschaltet werden sollen. Müller: „Es handelt sich immerhin um denselben Reaktortyp wie im japanischen Fukushima!“ Ein weiterer Anlass zur Besorgnis ist für den BUND der Einsatz von Mischoxid-Brennelementen in Gundremmingen, da diese besonders viel Plutonium enthielten. In Deutschlands größtem Atomkraftwerk lagerten zudem noch riesige Mengen an radioaktivem Atommüll, sowohl in den Abklingbecken als auch im völlig ungenügend gesicherten Zwischenlager.

Die vor kurzem festgestellten deutlich überhöhten Werte radioaktiver Substanzen, welche im Zusammenhang mit einem Brennelementewechsel stehen, zeigen nach Ansicht des BUND nicht nur die Gefährlichkeit des Gundremminger Atomkraftwerkes auf, sondern auch die Notwendigkeit, gerade diese Meiler deutlich früher abzuschalten als geplant. Aus diesem Grund sind für den Jahrestag des Unglücks von Fukushima am 11. März 2012 in Gundremmingen Aktionen der Anti-Atom-Bewegung geplant.

„Keine Sankt-Florians-Politik bei der Endlagerdiskussion!“

Auch wegen der Suche nach einem geeigneten Atommüll-Endlager werde die Region wohl noch längere Zeit mit dem Thema Atomenergie verbunden bleiben, schließlich sei der Streifen zwischen Riedlingen und Günzburg nach wie vor im Suchraster enthalten. Müller stellt klar, dass für den BUND das Sankt-Florians-Prinzip nicht in Frage komme, dem etliche Politiker in der Region verfallen seien: „Die Suche nach einem Atommüll-Endlager muss nach wissenschaftlichen und objektiven Kriterien bundesweit vorgenommen werden, transparent und unter Einbeziehung der Bevölkerung. Dabei darf es keine Tabus geben!“

Eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energiequellen in nur wenigen Jahrzehnten ist nach Ansicht der BUND-Vertreter im Hinblick auf den Schutz des Klimas nicht nur nötig, sondern auch machbar. Erforderlich sei dazu allerdings, nicht nur auf die Nutzung der Erneuerbaren Energien umzusteigen, sondern auch den Energieverbrauch deutlich zu senken. Dieser Aspekt werde in der öffentlichen Diskussion gern ausgeblendet, doch auch hier bedürfe es noch erheblicher Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und jedem Einzelnen.

Lob für Arbeit des Regionalverbands

In diesem Zusammenhang lobt Müller ausdrücklich das Engagement des Regionalverbands Donau-Iller. Dass dieser im Jahr 2011 eine Studie zu Nutzung und Ausbaupotential der erneuerbaren Energien vorgelegt habe, sei vorbildlich. Auch der frühzeitige Start des Verfahrens zur Änderung des Bereichs Windenergie im Regionalplan findet beim BUND ausdrücklich Unterstützung, zumal es bisher nach Einschätzung des BUND sehr sachgerecht verlaufe. Dr. Martin Denoix, Mitglied im Kreisvorstand des Ulmer BUND: „Wir begrüßen, dass es mit dem Ausbau der Windenergie nun endlich voran gehen soll. Wie der neue Windatlas zeigt, ist das Potential in unserer Region deutlich größer als früher angenommen!“

Denoix und Müller konstatieren unisono, dass sich der Wind in Sachen Windenergie „im wahrsten Sinne des Wortes“ gedreht habe. So hätten viele Bürgermeister inzwischen die Chance erkannt und engagierten sich sehr für den Bau von Windrädern in ihrer Gemeinde. Die Aufgabe des BUND sehen beide vorrangig darin, darauf zu achten, dass fachliche Kriterien bei der Standortauswahl inklusive denen des Artenschutzes ausreichend berücksichtigt würden.

„Ende der Fahnenstange bei Biogas in Sicht!“

Während die Umweltschützer bei der Windenergie erhebliche Potentiale sehen, ist nach ihrer Ansicht beim Biogas das Ende der Fahnenstange nahezu erreicht. Der Boom der letzten Jahre habe dazu geführt, dass in Oberschwaben im Vergleich zum Landesdurchschnitt überdurchschnittlich viele Biogasanlagen errichtet wurden. Allerdings müsse, so BUND-Vorstandsmitglied Reiner Frohmüller, die im Zusammenhang mit dieser Entwicklung immer wieder zu hörende Kritik an der „Vermaisung“ der Landschaft und der Verwendung landwirtschaftlicher Produkte für die Energieerzeugung relativiert werden: Bedingt durch den kontinuierlichen Rückgang des Rinderbestands in den letzten Jahren werde derzeit nur auf unwesentlich mehr Fläche Mais angebaut als Mitte der 1980er Jahre. Zudem werde häufig vergessen, dass auch in der Vergangenheit ein erheblicher Teil der Ernte nicht als Lebensmittel verwendet, sondern verfüttert wurde. Frohmüller: „Eine Verringerung unseres überhöhten

Fleischkonsums würde den Intensivierungsdruck auf unsere landwirtschaftlichen Flächen und die Notwendigkeit, Futtermittel anzubauen, reduzieren!“ Dies wäre seiner Meinung nach auch ein Beitrag dazu, Importe von Futtermitteln, die zu einem Großteil gentechnisch verändert seien, zu reduzieren.

Der BUND fordert laut Frohnmüller dennoch, dass in Biogasanlagen endlich vermehrt Alternativen zu Mais zum Einsatz kommen, insbesondere Reststoffe wie Gülle, Mist, Einstreu, Mähgut, Ernteabfälle, Grünabfall sowie Speiseabfälle. Zudem sei zur Förderung der Artenvielfalt eine höhere Fruchtfolge und der Einsatz alternativer Pflanzen wünschenswert – ein Bereich, über den derzeit in Fachkreisen bereits viel diskutiert werde. Das von der neuen Landesregierung verordnete befristete Grünlandumbruchverbot sieht der BUND als deutliche Schranke, die sehr begrüßt wird. Darüber hinaus sei entweder die Nutzung der anfallenden Abwärme oder eine Umwandlung in Biomethan zwingend.

Erwartungsgemäß sehr positiv steht der BUND der von der neuen Landesregierung forcierten Einrichtung von Landschaftserhaltungsverbänden gegenüber. Mit diesen paritätisch von Behörden, Landnutzern und Naturschutz besetzten Verbänden soll insbesondere die Betreuung und Pflege von Biotopen besser koordiniert werden. Die BUND-Vertreter hoffen, dass beide Landkreise in der Region von den entsprechenden Angeboten der Landesregierung Gebrauch machen und rasch zur Tat schreiten. Der BUND jedenfalls stehe für eine Mitarbeit selbstverständlich zur Verfügung.

Positive Gewässerentwicklung durch den Biber zu wenig gewürdigt

Der Biberschutz steht nach Meinung des BUND bei den regionalen Behörden trotz strenger EU-Regularien nicht an erster Stelle. Bei Problemen an Gewässern würden meist alle anderen Belange über den Artenschutz gestellt und die vermeintlichen, von der Tätigkeit des Bibers ausgehenden Gefahren häufig übertrieben dargestellt, wodurch die Akzeptanz des Bibers in der Öffentlichkeit vermindert werde. Beispiele seien Konflikte am Reichenbach zwischen Staig und Weinstetten sowie an der Lone zwischen Urspring und Lonsee.

BUND-Regionalvorsitzender Müller: "Der Biber ist der mit Abstand preisgünstigste Wasserbaumeister, der mit der Gestaltung seines Lebensraumes den Wasserabfluss positiv reguliert, beim Anheben des Niedrigwasserspiegels ebenso wie beim Bremsen des Hochwasserabflusses. Mit der Renaturierung vieler Gewässerabschnitte setzt er im Gegensatz zu vielen passiven Kommunen die europäische Wasserrahmenrichtlinie um. Ohne die Mithilfe des Bibers könnte Deutschland noch weniger erfolgreiche Gewässerprojekte vorweisen!"

Da es in Ufernähe vor allem bei angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücken durch den Anstau von Biberdämmen oder die Wühltätigkeit des Bibers immer wieder zu Problemen kommt, empfiehlt der BUND den Kommunen die gesetzlich ohnehin vorgegebenen Gewässerrandstreifen in das Eigentum der öffentlichen Hand zu bringen. Ein Mittel dazu seien die kommunalen Ökokonten, in denen Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in den Naturhaushalt bilanziert werden. Die Uferbereiche könnten dann extensiviert werden, bräuchten nicht mehr mit landwirtschaftlichen Maschinen befahren werden und würden als Pufferzone zur landwirtschaftlich genutzten Fläche fungieren.

Müller: „Mit entsprechender Rücksichtnahme ist eine Koexistenz von Biber und Mensch möglich!“ In einigen Fällen, in denen der strenge Schutz des Bibers missachtet wurde, hätte in der Vergangenheit nur durch das beherzte Eingreifen von BUND-Mitgliedern das Schlimmste verhindert werden können. Dr. Martin Denoix hebt ergänzend hervor, dass es auch anders gehen kann: So seien in der Ulmer Friedrichsau gefährdete Bäume in einer Gemeinschaftsaktion von Stadt, engagierten Bürgern und BUND durch Anbringen einer Ummantelung geschützt worden. Entsprechende Beispiele gebe es zum Glück auch an anderen Stellen in der Region.

BUND: „Querspange bringt den Betroffenen wenig!“

Die Tatsache, dass für den Bau der Erbacher Querspange nun der Planfeststellungsbeschluss erlassen wurde, löst bei den Naturschützern erwartungsgemäß keine Freude aus. Müller: „So sehr wir den in Erbach an der B 311 wohnenden Menschen mehr Ruhe, Sicherheit und saubere Luft gönnen: Die Querspange wird nur unwesentlich für Entlastung sorgen!“ Die für den Bau der Straße notwendigen Eingriffe seien zudem massiv. Müller greift die Politik heftig an: „Der politische Druck, der hier von IHK, einigen Abgeordneten und kommunalen Vertretern gemacht wird, ist unerträglich!“ Seiner Meinung nach wäre es sinnvoller gewesen, diesen Druck vor Jahren für eine innerörtliche Lösung aufzubauen. Eine solche wäre nach seiner Meinung möglich gewesen, durch die jüngste bauliche Entwicklung in Erbach aber nun versperrt.

„Alte Verkehrspolitik hat sich durchgesetzt“

Sehr kritische Töne findet BUND-Vorstandsmitglied Frohnmüller zu dem Streitthema des Jahres schlechthin: „Bei der Volksabstimmung über Stuttgart 21 haben sich die Vertreter der alten Verkehrspolitik durchgesetzt!“ Mit plumpesten Methoden seien die Wähler verängstigt worden, so mit horrenden Angaben zu angeblich drohenden Ausstiegskosten. Das massive Auftreten von Politik und Wirtschaft zugunsten des Tiefbahnhofes habe den Eindruck erwecken lassen, die Demokratie sei in Gefahr. Frohnmüller: „Wir hoffen, dass nun endlich wieder Besonnenheit und Sachlichkeit in die Diskussion einkehrt und wieder nüchtern über den Tiefbahnhof und die Neubau-strecke gesprochen werden kann!“ Denn über den Berg ist das Projekt in Stuttgart nach Einschätzung des BUND aufgrund der zahlreichen ausstehenden Genehmigungen und der knappen Kostenkalkulation noch längst nicht.

Die BUND-Vertreter gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass der aus ihrer Sicht „teilweise unsachlich-polemische Stil“, der gegenüber den Gegnern von Stuttgart 21 an den Tag gelegt worden sei, nun der Vergangenheit angehöre. Man werde das Projekt weiterhin mit aller Sachlichkeit kritisch verfolgen und insbesondere auf die Einhaltung bestehender Gesetze dringen. Ein Beispiel sei die erfolgreiche Klage des

Verbands gegen die Vernachlässigung von Artenschutzbelangen beim Grundwasser-
management. Frohnmüller: „Das VGH-Urteil zeigt, dass es nötig ist, der Bahn auf
die Finger zu schauen!“ Man werde darüber hinaus darauf achten, dass die Verspre-
chen eingehalten werden, Stuttgart 21 schade weder die Elektrifizierung der Süd-
bahn noch dem Aufbau eines regionalen S-Bahn-Netzes oder dem Ausbau der Ul-
mer Straßenbahn.

Ulm verliert Anschluss an die Spitze!

Einen schweren Rückschritt in der Entwicklung Ulms zur Öko-Stadt stellt nach An-
sicht des BUND der im Frühjahr gefasste Beschluss des zuständigen Fachbereichs-
ausschusses dar, die Mindestanforderungen für die Wärmedämmung von Neubauten
von 40 auf 60 Kilowatt je Quadratmeter Wohnfläche aufzuweichen. Kreisvorstands-
mitglied Dr. Martin Denoix: „Wo ist der Aufbruch aus dem Jahr 2000 mit der EXPO-
Passivhaussiedlung auf dem Eselsberg geblieben?“ Ulm habe aufgrund seiner vor-
bildlichen Grundstückspolitik wie kaum eine andere Stadt die Chance, über Auflagen
bei der Vergabe von Bauplätzen anspruchsvolle Energiesparstandards festzulegen.
Diese Chance für zukunftsfähiges Bauen habe man leichtfertig vertan.

Denoix: „Bei der Nutzung der Solarenergie ist Ulm seit Jahren an der Spitze. Aber
hier bremst der Gemeinderat die erfreulich ehrgeizige Verwaltung mit kleinkarierten
Bedenken aus!“ Nahe am Passivhausstandard, ausgestattet mit Dreifachverglasung,
die heute nur noch 15 % mehr als eine herkömmliche Zweifachverglasung koste,
könnte Ulm wirklich Eindruck machen und den künftigen Bauherren auch einen öko-
nomischen Vorteil verschaffen. Denn, so Denoix: „Häuser werden für hundert Jahre
und mehr gebaut. In wenigen Jahren wird der Hausbesitzer glücklich sein, der weit-
sichtig in eine gute Wärmedämmung investiert hat.“

Lärmschutz ernst nehmen

Beim neuen Baugebiet „Bei den Wengen“ in Lehr muss nach Meinung des BUND ein Lärmschutzwall zur Nordtangente hin errichtet werden. Lärmschutz sei schon in einer gewachsenen Stadt ein schwer zu erreichendes, aber notwendiges Umweltziel. Umso mehr muss nach Ansicht von Dr. Dieter Fortmann, dem Vorsitzenden des Ulmer BUND, die Stadt darauf achten, dass nicht heutige Neubaugebiete in wenigen Jahren zu neuen Lärm-Problemzonen werden. Fortmann: „Nur dreißig Meter entfernt von der verkehrsreichen Nordtangente beginnt das Neubaugebiet „Bei den Wengen“. Die Nordtangente hat dort eine Steigung, der Verkehr und vor allem der Lastwagenverkehr ist entsprechend laut. Da genügt keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 60!“ Ein Lärmschutzwall als Abschirmung zu dem geplanten Baugebiet, in dem sich, wie der BUND vermutet, auch viele Uni-Professoren niederlassen würden, sei hier ein absolutes „Muss“. Fortmann: „Was jetzt auf den einzelnen Bauplatz umgelegt vielleicht 5 000 Euro Mehrkosten verursacht, steigert den Wert der Häuser in wenigen Jahren um ein Mehrfaches dieser Summe.“

Fortmann fragt sich, ob ein ähnliches Lärmproblem im Baugebiet Lettenwald in Böfingen noch zu verhindern ist. Sollte die Stadt - wie geplant - die Nordtangente durch das Wohngebiet verlängern, würden sich dort täglich 7 000 bis 10 000 Fahrzeuge den Weg zu Uni und Autobahn suchen. Fortmann: „Eine Hauptverkehrsstraße mitten durch ein neues Wohngebiet? Der berechtigte Ärger der neuen Anwohner ist vorprogrammiert!“ Fortmann appellierte erneut an die Stadt, diese Planung fallen zu lassen.

Positiv stellen die BUND-Vertreter fest, dass die Stadt mit ihrem kommunalen Lärmaktionsplan versuche zu tun, was möglich ist. Ausdrücklich gelobt wird Bürgermeister Wetzig für dessen „ehrgeizige Zukunftslinie“, mit Ausnahme der großen Durchgangsstraßen und nachts sogar flächendeckend Tempo 30 durchzusetzen. Fortmann: „Diese Lösung wird mehr bringen als viele passiven Lärmschutzmaßnahmen!“ Dennoch führe an Lärmschutzfenstern und -wänden entlang der B 10 in der Innenstadt und in Lehr sowie auch entlang einiger Bahnlinien kein Weg vorbei.

Beste Wohnlage, wenige Minuten von der Innenstadt entfernt – und doch ein „hoffnungsloser Fall“? Ulms BUND-Vorsitzender kritisiert, dass die Sanierung der Karl-

straße im Jahr 2011 erneut auf die lange Bank geschoben wurde. Die Zustände auf der Straße, auf den Gehwegen, aber auch in den Wohnungen dort seien eine „Schande für Ulm“, zumal sie sich von Jahr zu Jahr verschlechterten. Hier sei Ulm dabei, sich in wenigen Jahre erhebliche soziale Probleme einzuhandeln. Die Entwicklung der Innenstadt brauche eine gesunde soziale Durchmischung. „Aber wer zieht heute noch in die Karlstraße?“ fragt sich Fortmann. Dabei lägen die Sanierungspläne parat, jetzt müsse der Gemeinderat das Geld freigeben und wenigstens einen Anfang machen.

Tempo 60 auf dem ganzen Tangentenring

Auf dem Tangentenring um Ulm nimmt der Verkehr nach Einschätzung des BUND zu, wie nahezu überall. Fortmann: „Dagegen helfen gewiss keine neuen Abschnitts-Kriechspuren, die die Probleme nur einen Kilometer weiter zu den Einfädelungsstellen verschieben“. Statt Millionen-Investitionen mit einer Zerstörung der Lärmschutzwälle gebe es eine einfache und kostenfreie Lösung: Tempo 60 auf dem ganzen Ring, eine Geschwindigkeit, die heute fast alle Fahrzeuge einhalten können. Fortmann: „Wer glaubt, dass koste ihm zu viel Zeit, möge mal eine Stoppuhr mitnehmen.“

Ein erstaunlich breites Echo hat nach Meinung des BUND die städtische Initiative „FahrRad in Ulm“ hervorgerufen. Fortmann: „Umfassende und kontinuierliche Bürgerbeteiligung, kreative Ideensammlung bei Verbänden, Stadtverwaltung und Privatpersonen, gute Moderation und einheitlich positives Echo des Gemeinderats - so sollten alle zukunftsorientierten Vorhaben angegangen werden!“ Das städtische Ziel, den Anteil des Fahrradverkehrs am Gesamtverkehr bis 2020 von 11 auf 20 % zu steigern, hat nach seiner Einschätzung eine erhebliche Dynamik erzeugt. Mit dem Pedelec könnte ein „Sekundär-Beschleuniger“ für die Uni und die Hügelbewohner wirken. Wichtig sei, dass jetzt auch der Etat für einen Fahrradbeauftragten und eine beim ADFC angesiedelte Bürger-Kontaktstelle eingeplant werde.

Landschaftsentwicklung und Naherholung: „Ein Leuchtturm-Kapitel Ulms“

Sehr lobende Worte findet der Ulmer BUND auch zum städtischen Engagement in Sachen Landschaftsentwicklung. Fortmann: „Was in diesem Bereich in den letzten 25 Jahren in Ulm geschaffen wurde, ist eines der positiven Kapitel in der jüngeren Geschichte Ulms und wäre es wert, dokumentiert zu werden!“ Im zu Ende gehenden Jahr sei das vordere Örlinger Tal zwischen den beiden Bahnunterführungen an der Reihe gewesen. „Wo sich vor wenigen Jahren noch kaum jemand zu Fuß hingetraut hat, wird ein attraktives Stück Ulmer Landschaft wiedergewonnen und entsteht ein schönes Naherholungsgebiet, gerade auch für die Bewohner des künftigen Wohngebiets Safranberg“ stellt Fortmann fest. Ähnliche Aufwertungen konnten an Blaukanal und Blau im Ulmer Westen geschaffen werden, unterstützt durch den BUND und zahlreiche Ulmer Schulen.

Donau: Große Konferenzrunden, kaum Taten

Bei der Renaturierung der Ulmer Donau brachte das Jahr 2011 nach Einschätzung des BUND nicht den erhofften Durchbruch. So seien am Altwasser Hirschhalde bei Gögglingen alle Renaturierungsplanungen auf Eis gelegt worden, hinsichtlich des künftigen Naturschutzgebiets Lichtensee sei kein Fortschritt erkennbar. Die Renaturierung des Donauufers sei auf ein paar kleine Stellen zwischen Gögglingen und Ulm geschrumpft. Jetzt hoffe man auf die Ausgleichsmaßnahmen der SWU für den Umbau des Kraftwerks Wiblingen. Denoix: „An vielen Stellen konnte die Donau im Oberlauf in den letzten Jahren aus ihrem Korsett befreit werden – nur in Ulm geht es nicht voran. Das muss sich endlich ändern!“